

Stefan Bollinger (Hg.), *Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe* (Schriften hg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Band 11), Berlin 2004 (Karl Dietz Verlag), 528 S.

Etwas reißerisch heißt es im Klappentext, „die Entfesselung des Willens der DDR-Bürger zu Freiheit und einer ihrem Leistungsvermögen entsprechenden Versorgung“ habe in der Bundesrepublik jene Bremsen gelöst, „die den Kapitalismus im Westen bis dahin zu einer sozialen Marktwirtschaft gezügelt hatten“. Die Rede ist vom „neoliberalen Krieg gegen die Gesellschaft“ im Osten Deutschlands, über dessen Anfänge das Buch berichten will. Auch Stefan Bollinger haut, wenn auch zurückhaltender, in diese Kerbe. Er bietet in seinen Vorbemerkungen eine Interpretation des Umbruchs, in dem positiv bewertete „Hoffnungen und Veränderungen unterschiedlicher Richtung“ einem eher negativ besetzten Vollzug der deutschen Einheit entgegengestellt werden (S. 10).

So vorinformiert mag der Leser eine Ansammlung ideologisch ausgerichteter Breitseiten gegen die deutsche Einheit erwarten, wird aber zum Glück enttäuscht. Beim Blick auf die Autorenliste hätte alles andere auch verwundert, handelt es sich doch zum großen Teil um in der Wissenschaftswelt bestens ausgewiesene Experten. Angesichts der ideologische Reminiszenzen weckenden Eröffnung stellt sich allerdings die Frage, warum der Eindruck erweckt werden sollte, es handle sich mehr um ein Kompendium polemischer Stellungnahmen zum Thema „feindliche Übernahme der DDR durch die BRD“ als um ausgewogene Beiträge. Jedenfalls nähert sich der unbelastete Leser nach der Lektüre des Klappentextes den Beiträgen nicht mehr ganz vorurteilsfrei. Vielleicht war es das Ausgangskonzept des Karl Dietz Verlages, eine Klientel zu bedienen, die über soviel sachliche Darstellung, frei von ideologischen Prämissen, entrüstet wäre. Die zu vermutende, sich einheitlich durch alle Beiträge ziehende „rote Linie“ ist jedenfalls so nicht auszumachen. Stattdessen zeigt der Band eine erfrischende Vielfalt widersprüchlicher Deutungen, denen man selbstredend nicht unbedingt folgen muss. Die Tatsache, dass sich hier und da ideologische Denkfiguren ausmachen lassen, schmälert den Wert des Buches kaum und ist ja auch keine Besonderheit der herausgebenden Rosa-Luxemburg-Stiftung. Entstanden ist ein Sammelband, dessen Beiträge die aktuelle Diskussion über den Umbruch 1989/90 in der DDR beleben und teilweise wichtige Akzente setzen. Ob ihrer Vielfalt können sie kaum angemessen gewürdigt werden; mehr als ein Überblick, der ausdrücklich zum Lesen anregen möchte, ist nicht möglich.

Stefan Bollinger analysiert die finale Krise der DDR, fragt nach deren Gründen im Realsozialismus, dem Verhältnis der SED zu den neuen Kräften und versucht eine Periodisierung der Ereignisse 1989/90. Er leistet, auch wenn sein Forschungsüberblick allzu abweichende Auffassungen einfach ausblendet, einen interessanten Beitrag zur Diskussion um die Charakterisierung des Um-

bruchs in der DDR. Jochen Franke befasst sich mit den Auswirkungen der sowjetischen Reformpolitik auf die DDR. Klaus Steinitz geht den Ursachen der Wirtschaftskrise in den achtziger Jahren nach und sieht die Ökonomie der DDR in einer Spannung zwischen westlichen Maßstäben und östlichen Zwängen. Sein Fazit: Letztlich scheiterte die sozialistische Planwirtschaft an inneren Widersprüchen und den Aufgaben der Herausbildung einer ökologisch und sozial nachhaltigen, zukunftsfähigen Wirtschaft. Die DDR-Wirtschaft ist auch Thema zweier Beiträge von Jörg Roesler. Er stellt die Debatten über eine Annäherung von Plan- und Marktwirtschaft 1989/90 ins Verhältnis zu entsprechenden Erwägungen im Rahmen des „neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ (NÖS) in den sechziger Jahren und konstatiert in diesem Zusammenhang für die Jahre ab 1990 einen fliegenden Wechsel der meisten DDR-Wirtschaftsexperten zu marktwirtschaftlichen Prinzipien. Er verbindet dies vor dem Hintergrund der Frage der Globalisierung mit der nach der Zukunftsfähigkeit neoliberaler Prinzipien. Im zweiten Beitrag analysiert er die unterschiedlichen politischen Ziele der ersten und zweiten Treuhandanstalt. Diese ist auch das Thema eines Beitrages von Sebastian Gerhardt, in dem er vor allem auf die Umstellung des Finanzwesens der DDR auf die D-Mark eingeht. Paul Heider beschreibt die politischen Hintergründe und Zusammenhänge des Einsatzes der Nationalen Volksarmee im Herbst 1989. Der Wert seines sonst interessanten Beitrages wird geschmälert, weil er der Diskussion ausweicht, ob es seitens der SED-Führung zu einer Aktivierung der Einsatzleitungen gemäß dem Anhang des Statuts der Einsatzleitungen kam. Erhard Crome liefert neben einer Beschreibung der Gründe des Abrückens der UdSSR von der deutschen Zweistaatlichkeit eine bemerkenswerte Analyse der inneren Situation der SED im Vorfeld und während der ausdrücklich so bezeichneten „friedlichen Revolution“. Er geht dabei über eine Bestandsaufnahme der Staatspartei im Herbst 1989 hinaus und zeigt Zusammenhänge ihrer historischen Entwicklung auf. Auch die innere Befindlichkeit der Bürgerbewegungen und Gründe ihres Scheiterns werden klug analysiert. Etwas zu beiläufig wirkt lediglich sein Versuch, „das Geheimnis der ‚Blockflöten‘“ zu lüften. Zwischen versuchter Deutung und sentimentaler Erinnerung schwankt der Beitrag von Christina Matte über die Demonstration am 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz, liefert aber ein gutes Stimmungsbild der Sichtweise einiger Berliner Künstler. Carola Wuttke geht auf die Zusammenhänge der von ihr erkennbar favorisierten Erklärung „Für unser Land“ ein und macht deutlich, welche widersprüchliche Auffassungen hier zusammengebunden wurden. Kenntnisreich wie immer beschreibt Thomas Falkner die Entwicklung von der SED zur PDS und macht sich dabei auf die Suche nach den wenigen Reformkräften in der SED sowie den Ursachen des Scheiterns der Staatspartei. Hieran schließt nahtlos ein Beitrag von Thomas Klein über die Widersprüche an, mit denen sich die Regierung Modrow konfrontiert sah. Vor allem das spannungsreiche Verhältnis zum Runden Tisch und der sich darin ausdrückende spezifische politische Weg in der DDR werden gut herausgearbeitet und die der Logik des Runden Tisches folgende „Regierung

der Nationalen Verantwortung“ analysiert. Um den Zentralen Runden Tisch geht es auch im Beitrag von André Hahn, der selbst beobachtender Teilnehmer war. Kompakt, sachlich und schlüssig werden Strukturen, Funktionsweisen und die politische Bedeutung Runder Tische analysiert.

Anhand empirischer Daten, die das Institut für Soziologie und Sozialwissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR Ende 1989 und 1990 erhob, versucht Gunnar Winkler eine Beschreibung der Erwartungen der DDR-Bevölkerung in dieser Zeit. In seinem Beitrag sind, wenn auch zurückhaltend vorgetragen, ideologisch begründete Vorurteile noch am ehesten zu finden. Das von ihm ausgebreitete Zahlenmaterial dient erkennbar der Absicht, seine Ausgangsthese zu untermauern, dass einer „Periode des demokratischen Aufbruchs“ im Herbst 1989, die „erfolgreich und visionär, wenn auch von kurzer Dauer“ war (S. 293), die Vereinnahmung durch die Bundesrepublik folgte. Folgt man seiner Auffassung, dann war es dank Wiedervereinigung vorbei mit der Demokratisierung im Osten der DDR. Das sehen bekanntlich auch viele PDS-Mitglieder anders, wie wäre sonst auch die innerparteiliche Demokratisierung der Partei zu erklären.

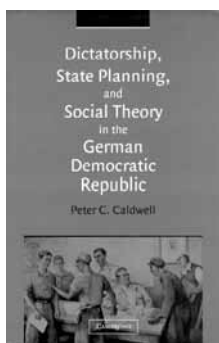
In bewährt sachlicher Weise beschreibt Detlef Nakath die deutsch-deutschen Beziehungen in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre. Ebenso instruktiv und wichtig sind die Beiträge von Claus Montag über die Haltung der USA zur DDR im deutschen Vereinigungsprozess und von Hella Kaeselitz über den erbitterten Widerstand der britischen Premierministerin Margret Thatcher gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands. Gleichfalls auf dem internationalen Parkett angesiedelt ist der vergleichende Beitrag von Hannes Hofbauer über die Umbruchprozesse in den ostmitteleuropäischen Staaten. Als Insiderbericht konzipiert ist der Beitrag von Ulrich Albrecht über die 2+4-Verhandlungen und die schnell schwindende Rolle der DDR-Außenpolitik in diesem Prozess.

Besonders hervorzuheben ist der Beitrag von Rolf Reißig, der einen exzellenten Überblick über den Gang und die aktuellen Probleme der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung gibt. Auf der Grundlage der allseits konstatierten Krise der Sozialwissenschaften durch den globalen Umbruch 1989/90 und ihrer nachfolgenden Entwicklung sucht er nach neuen Fragestellungen und methodischen Ansätzen. Wichtig seine Anregungen, die Transformationsprozesse in Ostmitteleuropa stärker vergleichend zu untersuchen und nun auch ihre zunächst ignorierten Rückwirkungen auf den Westen ins Blickfeld zu rücken.

Die Beiträge des Sammelbandes machen deutlich, wie unterschiedlich die Sichtweisen der Autoren aus dem Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung sind. Eine Unterscheidung zwischen hier präsenten sozialistischen und woanders publizierten „andersdenkenden“ Autoren, das zeigt die Lektüre, macht keinen Sinn. Die vorgeführten Unterschiede in den angewandten Methoden und wissenschaftlichen Schlussfolgerungen sind kaum das Ergebnis politischer Apodiktik. Vielmehr folgen die meisten Beiträge den Regeln und der Logik des Wissenschaftsdisputes und unterscheiden sich damit kaum von vergleichbaren

Sammlungen anderer Provenienz. Damit dürfte sich der im Klappentext zum Ausdruck kommende Wunsch, eine bestimmte politische Klientel zu bedienen, nicht erfüllen. Wissenschaftlich Interessierte haben hingegen Grund, die Beiträge zur Kenntnis zu nehmen. Offensichtlich hat auch in sozialistischen Kreisen das Bedürfnis stark abgenommen, die Kugel der Ideologie weiterhin den Berg hinaufzurollen. Insofern ist das Titelbild „Die Flucht des Sisyphus“ von Wolfgang Mattheuer synonym sowohl für das letzte Jahr der DDR als auch für die Haltung der wichtigsten vorgestellten Autoren. Sie haben sich längst den Zwängen der Ideologie entzogen.

Dr. Michael Richter, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden, D-01062 Dresden.



Peter C. Caldwell, Dictatorship, State Planning, and Social Theory in the German Democratic Republic, Cambridge 2003 (Cambridge University Press), 223 S.

In *The Road to Freedom* Friedrich Hayek displayed amazing predictive powers, as the following excerpts show: “Many who think themselves infinitely superior to the aberrations of Nazism and sincerely hate all its manifestations, work at the same time for ideals whose realisation would lead straight to the abhorred tyranny.”¹ “What our planners demand is a *central* direction of all economic activity according to a single plan, laying down how the resources of a society should be ‘*counsciously* directed’ to serve particular ends in a definite way.”² “Is there a greater tragedy imaginable than that in our endeavour *consciously* to shape our future in accordance with high ideals, we should in fact unwittingly produce the very opposite of what we have been striving for?”³ And finally, “Planning leads to dictatorship because dictatorship is the most effective instrument of coercion”.⁴ Written in 1944, one might even believe Hayek’s crystal ball to have been acutely attuned to the rise and fall of the German Democratic Republic (GDR) founded five years later on the very principles he most feared.

Leaving aside the debate about why *western* observers of the GDR were so surprised in 1989 by its economic collapse,⁵ Peter C. Caldwell’s present work

1 Friedrich Hayek, *The Road to Serfdom*, London 1944, p. 3.

2 Hayek, *Road*, p. 26.

3 *Ibid.*

4 *Ibid.*, p. 52 (all italics mine).

5 For a neat summarisation of this highly charged topic, see chapter one of Jeffrey Kopstein, *The Politics of Economic Decline in East Germany, 1945–1989*, Chapel Hill/London 1977.

superbly details how the GDR's own economists and intellectuals had clearly foreseen, already in the 1950s, the quagmire, and tyranny, that an 'economically planned' and 'consciously directed' society would lead to. In an engaging and thoroughly readable monograph, Caldwell examines the economy, law, and social philosophy in the GDR from 1949 to 1968. Treating each in their turn, the author shows that contradictions developed in each due to the resultant tension between the rigid, centrally controlled planned economy of the SED (*Socialist Unity Party*) and the ever-changing and unforeseeable needs of the market, society, and individuals.

In economics this contradiction derived from the clash between the Party's implementation of a "plan - a conscious, hierarchical, subjectively constructed organization" and the "law of value or market, an objective mechanism for coordinating actions in the economy" (p. 97). In praxis, these two phenomenon came together, and had to be resolved, in the operation of GDR firms, known as VEBs (*the-peoples-owned companies*).

Only after Stalin's demise in March 1953, could GDR economists such as Jürgen Kuczynski, Gunter Kohlmey, and Fritz Behrens, begin to question the over-reliance on a plan driven more by a Cold War ideology of offering an alternative to 'capitalism' than by economic facts. With support coming from Politbüro veteran Fred Oelßner, these economists took seriously Marxist theory that 'socialism' was a transitional phase from capitalism to communism. This implied the continual need of at least some so-called 'bourgeois' practices, such as cost accounting, attention to supply and demand, market prices, etc., which most importantly provided valuable and immediate information. Attempting to determine the law of value, the foundation stone of capitalism for Marx, without market forces lead to, for example, the creation of work norms, which famously set off the 1953 uprising in Berlin. Analysing the Marxist definition, a reluctant Kohlmey put it best later by noting "that value, conceived of as a certain amount of labour embodied in a useful good, was not 'at present' susceptible to the kind of direct measurement that would lead to the creation of 'correct prices'" (p. 177).

Lead foremost by Behrens, GDR economists pushed for more decentralisation and firm autonomy. Hardly rebels, they stayed on orthodox ground using arguments from Stalin and Lenin's *New Economic Policy* model. Nevertheless they only earned the rebuke of the Party and the dreaded label 'revisionist.' SED and GDR chief Walter Ulbricht felt in mood to let loose the reigns and experiment after the Berlin revolt, and even less after the 1956 uprisings in Poland and Hungary. And as Caldwell emphasises, calls for more decision-making power for firms seemed to impinge on the Party's claim to a higher consciousness and thus their legitimacy to rule. In the ensuing internal upheaval in the late 1950s, the so-called 'revisionists', including Behrens and Oelßner, were downgraded or outcast. But was this resistance only ideological and political, or did it have deeper roots in the German tradition? The author quotes a frustrated Behrens: "The conception that the state can do everything and that every, even the most private, matter has to be directed and controlled by the state is not socialist but

rather 'Prussian', that is, Junker-like and monopolistic" (p. 14). And this long before the Stasi reached their anal-retentive heights.

Caldwell then shows how contradiction also reigned in the area of law. The need for an objective, fixed set of rules – at least for the society – came into conflict with the Party's right to interfere or bypass written law in order to fulfil planning objectives. Among the early casualties was the GDR's first constitution in 1949 which, so in conflict with reality, quickly became a 'dead letter'. (It is ironic that the East German Constitutions, in whatever incarnation, were probably taken most seriously *after* 1989 by West German lawyers attempting to prosecute GDR officials for their communist crimes.)

Caldwell discusses in detail how 'legal' contracts were imposed on the VEBs from above as an extension of Party power, thus eliminating the advantages they normally provided as voluntary agreements among free business partners. Most damagingly, the key actor in the contract, the government, was in no way subject to its terms.

Even more ominously, the term '*socialist* legality' offered the flexible, and perilous, idea that defined 'legal' as that which served the plan. The legal theorist Hermann Klenner offered up the base, instrumentalist theory that the law was an expression of the will of the toiling masses and therefore, logically, there could be no contradiction between legality and state prerogative (p. 67). But certainly this kind of logic tread on dangerous, and familiar, ground. Wherein the difference then when juxtaposed to the Nazi party's own arbitrary suspension of written law? The GDR's continuous need to defend itself against charges of being itself a monopoly-capitalism, and by extension fascist, is intertwined throughout this work.

An example of this came in the GDR's brazen use of Paragraph 138 in the Nazi Civil Code "nullifying legal business that violated 'good morals'" (p. 71). They also made use of a 1933 Nazi law in the Criminal Code that allowed them, when convenient, to interpret individual or firm actions as a 'betrayal of trust' or as going against 'the welfare of the people.' This, according to Caldwell, amounted to "retroactive legislation (that) had acquired an association with the worst excesses of Nazi law" (p. 71).

Fritz Behrens had early on dealt with the potentially volatile implications of Lenin's advocacy of the German state-monopoly/command economy of World War I. How to justify? Once again, '*consciousness*' into the breach. Behrens, conveniently, "found the key distinction between fascism and socialism in the *consciousness* and participation of the workers in the regime" (p. 27). Caldwell notes however that Behrens's tune changed drastically during the height of the revisionist upheaval when "[he] implied that the planning mechanism in the GDR was dysfunctional, authoritarian, and perhaps even fascist" (p. 98).

On the intellectual front, the problem of 'higher consciousness' and the paradox of philosophy in a socialist state is explored through the figures of the submissive, yet serious, scholar Ernst Bloch and the party-serving sycophant Ruggard Otto Gropp. Bloch, an unrepentant apologist of Stalin and advocate of the

1956 Soviet invasion of Hungary, comes off as a less than sympathetic character. Caldwell's portrayal of Bloch himself as a "bundle of contradictions, especially between intellectual openness and political subordination" (p. 105) could certainly just as easily apply to many of the figures discussed in the present work. This is not the first study in which a reader perhaps feels a bit queezy about the extent of self-abasement and obsequiousness that 'educated' men are capable of.

In any case, significant for Caldwell, was Bloch's apparently genuine intellectual struggle over the Hegelian 'subject-object' dialectic, that ultimately had implications for the SED's claim to power. Decisive was the question of how a subject immanent to the world, if material were primary as Lenin maintained, could accurately 'know' the world as an 'object' (p. 121)? Bloch's writings implied that the Party's claim to a higher consciousness indicated a premature harmonisation of subject and object. Questions of such complexity did not trouble the 'mediocre intellectual' and professional toady Rugard Otto Groppe. His highest commandment was to serve the Party. He sensed the potentially corrosive power of Bloch's work and made his career by exposing Bloch and eventually driving him out of the DDR in 1961.

Caldwell's previous discussion on economics, law, and philosophy reappear in the chapter on 'cybernetics' that surfaced in Ulbricht's fact-facing *New Economic System* announced at the VI. Parteitag in 1963, and coming, not coincidentally, soon after the 'refounding' of the GDR with the Berlin Wall in 1961. Cybernetics was a catch-all phrase of modern society and technology, itself essentially meaningless, that gained particular caché after the shock of Sputnik. As it turned out, it proved to be a thinly veiled return of revisionist ideas calling again for more firm autonomy and decentralisation. This technocratic approach intentionally placed political and moral criticism beyond the pale - a 'revisionism lite' if one will. This came as belated confirmation for Fritz Behrens, who "while (his) name did not appear in the public documents of the 1960s the technical suggestions for reform bore his mark" (p. 172).

Unfortunately for the GDR, habits of a lifetime were not so easily broken. Even this putatively de-fanged revisionism proved too much for a paranoid SED to handle. The Party viewed, not incorrectly, Gunter Kohlmeier's theory of 'multi-stable systems' and Uwe-Jens Heuer's model of the 'black box' as different versions of a new push to grant firms and society more freedom of movement. The apparent suicide in 1965 of arch-revisionist and Soviet opponent Erich Apel, chair of the State Planning Commission, meant the beginning of the end of the new reform movement. Brezhnev and the Prague Spring put paid to any further 'reform' ambitions.

Caldwell's project is ambitious, broad, and largely successful. In such a work it is small wonder that questions may arise. One example is the treatment of the revisionist movement in the 1950s. While it is understandable that Caldwell does not want to get into a detailed political discussion that is available else-

where,⁶ one is left wondering for example, to what extent did ‘revisionist’ academics, i. e. Behrens and Arne Benary, have a *direct* influence on the actors in the tumultuous Schirdewan Opposition, particularly Fritz Selbmann and Fred Oelfner, who fought most zealously against Ulbricht’s economic plan. Economics Minister Gerhart Ziller killed himself over the whole affair. Any reference to this critical episode is confined to a minor footnote on page nine. In the discussion on law, the reasons for Hermann Klenner’s vacillating role as Party defender and admonisher are not made fully clear. True, he was no maverick like Behrens, but there is simply no explanation, for example, of Klenner’s sudden *volte face* on the Party’s implementation of the Nazi’s Civil Code, Paragraph 138. Nevertheless, these critiques are not meant to diminish Caldwell’s valuable contribution to the intellectual history of the GDR. A work that takes seriously the ideological underpinnings of the otherwise power-calculating, Russian outpost, it deepens our understanding of the genuine inner turmoils that tormented the more realistic believers of socialism-communism. Though it only became apparent all too late to most commentators both in the east and west, that the GDR was financially and morally bankrupt, Caldwell’s work demonstrates that almost from the beginning the GDR’s own intellectual elite knew all too well where the “weaknesses of state socialism” lay. As the discussions of the contradictions in economics, law and philosophy show, “the gradual hollowing-out of Marxism-Leninism and with it the dismantling of the ideology and ideal of planning began not in the 1970s but in the 1950s” (p. 188). This volume is warmly recommended.

Edward Hamelrath, University of Memphis, z. Zt. Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden, D-01062 Dresden.



Richard J. Evans, Das Dritte Reich, Band 1: Aufstieg, aus dem Englischen von Holger Fliessbach und Udo Rennert, München 2004 (Deutsche Verlagsanstalt), 752 S.

Richard Evans, Professor für moderne Geschichte an der Universität von Cambridge, bislang vor allem durch zahlreiche Studien zur deutschen Gesellschafts- und Rechtsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts bekannt geworden, hat einen eindrucksvollen „großen Wurf“ in Angriff genommen, dessen Ergebnis – zumindest das erste Drittel davon – nun auch in deutscher Sprache vorliegt. Es ist nichts weniger als eine alle wesentlichen geistigen, politischen, sozialen und kulturellen Aspekte erfassende Darstellung des Dritten Rei-

6 See, for example, the works of Dietrich Staritz and Hermann Weber.

ches in drei Bänden, beginnend mit seinen frühesten Vorläufern vor 1914 bis zu seinem katastrophalen Ende im Zweiten Weltkrieg 1945. Allein schon ein solches Unterfangen, das sich in einem vergleichbaren Umfang heute wohl kein deutschsprachiger Historiker mehr zutrauen dürfte, nötigt den größten Respekt ab.

Evans steht in der angelsächsischen Tradition einer pragmatischen, gleichermaßen konkret wie anschaulich erzählenden Geschichtsschreibung. Seine vornehmliche Zielgruppe sind nicht Fachhistoriker, die vielleicht an der Ausbreitung und Erörterung von Forschungskontroversen zu dieser oder jener Einzelfrage interessiert sind, sondern historisch-politisch interessierte Laien, die, so der Autor im Vorwort, „nichts oder nur wenig über das Thema wissen und gerne mehr erfahren möchten“ (S. 9).

Dem gemäß ist nicht die harte und trockene Analyse am kontroversen Gegenstand seine Sache, sondern die zitatenreiche und anschauliche Darstellung von Ideen, Mentalitäten und Vorgängen, wobei er häufig allgemeine Phänomene an Beispielen auf der mikrohistorischen Ebene, etwa dem überschaubaren Milieu eines Stadtviertels, einer Kleinstadt oder auch den ganz persönlichen Erfahrungen Einzelner anschaulich zu machen versucht.

Das Buch ist für britische Leser geschrieben, was den außerordentlich breiten Ansatz des Autors erklärt. Man muss sich erst durch 250 Seiten Kaiserreich, Ersten Weltkrieg, Novemberrevolution und Weimarer Republik hindurchgelesen haben, um endlich im Zusammenhang mit der Münchner Räterepublik auf die frühesten organisatorischen Anfänge der NS-Bewegung zu stoßen. Was hier für den nichtdeutschen Leser nötiger Informationshintergrund sein mag, wird in seinen vielen Details auf den deutschen Leser nicht selten eher ermüdend wirken. Auch befremdet zuweilen die ausgedehnte Zitierfreude von Evans, der seinen Lesern nicht nur lange Passagen aus Hitlers „Mein Kampf“, sondern auch noch den Text sowohl des Horst-Wessel- als auch des Sturmkolonnen-Liedes der SA in voller Länge zumutet (S. 367 f.). Auch ist ein gewisser Hang zur effektvollen Anekdote unverkennbar (etwa S. 418). Gewiss, der Autor möchte hier, ganz dem Ansatz Michael Burleighs folgend, seinen englischen Lesern möglichst konkret und anschaulich die alles durchdringende Gewaltkultur des Nationalsozialismus deutlich machen. Anderswo, namentlich in England, geht man nun einmal mit zentralen Symbolen und Selbstaussagen des Dritten Reiches viel unkomplizierter um, als sich das ein deutscher Autor auch heute noch im Rahmen einer Darstellung getrauen würde.

„Am Anfang war Bismarck“, lautet die einem wohlbekannten bundesdeutschen Vorbild nachgebildete These von Evans zu den tatsächlich ersten Ursprüngen des Nationalsozialismus in der deutschen Gesellschaft. Soll heißen, so wörtlich, „hier [...] haben wir den ersten Augenblick der deutschen Geschichte vor uns, den man wirklich mit dem Aufkommen des Dritten Reiches 1933 in Verbindung bringen kann“ (S. 43). Im Kaiserreich, vor allem in den beiden Jahrzehnten vor der Jahrhundertwende, findet Evans, angefangen von den Ursprüngen des rassenbiologischen Antisemitismus bis zum ungezügelter Impe-

rialismus der Alldeutschen, alle wesentlichen ideologischen Versatzstücke, aus denen sich die Bewegung Adolf Hitlers nach 1918 speisen sollte. Man vermisst ein stärkeres Eingehen auf die österreichischen Wurzeln des Nationalsozialismus, insofern diese letztlich das Weltbild Adolf Hitlers vor 1914 entscheidend geformt haben. Evans' fast ausschließliche Konzentration auf die deutschen Verhältnisse mag in seiner Absicht begründet liegen, die Wirkungen der Hitlerischen Weltanschauung innerhalb Deutschlands nach 1918 auf der Grundlage der allein hier vorgegebenen rassistisch-völkischen Ideenwelt aufzuzeigen.

Die Abhandlung der Weimarer Republik auf rund 100 Seiten bietet Einschätzungen, die an verschiedenen Stellen Widerspruch herausfordern, wie etwa die Beurteilungen Stresemanns (S. 167 f.) und Brünnings (S. 348 f.). Ersterer wird fast nur als Revisionist gesehen, letzterer praktisch als ein Wegbereiter Hitlers, dessen Deflationspolitik allein auf ihre innenpolitischen Auswirkungen hin bewertet wird.

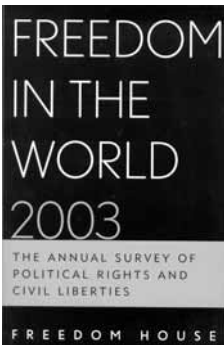
Sehr gut arbeitet Evans heraus, warum die antirepublikanischen Proteststimmen ab 1930 vorwiegend der NSDAP und nicht Konkurrenten Hitlers im rechten Lager zuströmten. Dies war nicht zuletzt Ergebnis der geschickten berufsständischen Arbeit der NS-Bewegung. Mit anderen Worten, die „Ausdifferenzierung der Bewegung in ein überaus kompliziertes Geflecht von Untergliederungen“ ermöglichte es der Partei, „ihre Wahlversprechen gezielt an jede in Frage kommende Klientel der deutschen Gesellschaft zu richten“ (S. 307), so dass ihre „Anziehungskraft sich auf praktisch jeden Teil der Bevölkerung erstreckte“ (S. 323). Dies war fraglos die große organisatorische Leistung Gregor Straßers, zu dessen Ausscheiden aus der Partei im Dezember 1932 Evans etwas widersprüchlich bemerkt, es habe keinen Straßer-Flügel in der NSDAP gegeben, um dann auf derselben Seite die reale Gefahr einer Spaltung der Partei zu konstatieren, da Straßer „durchaus einen wesentlichen Teil der Partei auf seine Seite“ hätte ziehen können (S. 406).

Evans' abschließendes Urteil über den Charakter der „nationalsozialistischen Revolution“ bleibt etwas blass und unbestimmt. Sie war keine „wirkliche Revolution“, da sie nichts wirklich neues schuf (S. 585), aber auch keine „konservative Restauration“ (S. 586), sondern bot „eine Synthese zwischen dem Revolutionären und dem Restaurativen“ (S. 590). Gemäß einer Rede Hitlers vom 6. Juli 1933 war offenbar allein „die Eroberung der Macht das Wesen der nationalsozialistischen Revolution“, wobei diese erst dann gesichert schien, „wenn die Erneuerung der Menschen der neuen Form angepasst“ war (S. 587). Dass Machteroberung wie Machterhalt so vergleichsweise rasch und widerstandslos möglich waren, lässt, so der Autor abschließend, „die Schlussfolgerung zu, dass eine große Mehrheit der gebildeten Eliten in der deutschen Gesellschaft unabhängig von ihrer bisherigen politischen Orientierung bereits prädisponiert war, viele der Prinzipien zu übernehmen, auf die der Nationalsozialismus sich gründete“ (S. 589).

Weitergehende Aussagen zu wichtigen Strukturelementen der nationalsozialistischen Herrschaft, etwa zur Art der politischen Entscheidungsfindung, zum

Grad der totalitären Durchdringung der deutschen Gesellschaft oder zum Wechselverhältnis von Modernität und Antimodernität, wird man wohl erst von den für die Jahre 2005 und 2008 geplanten Folgebänden „Diktatur“ und „Krieg“ erwarten können. Wir dürfen gespannt sein.

Dr. Manfred Zeidler, Böttgerstr. 2, 60389 Frankfurt am Main.



Freedom House (Hg.), *Freedom in the World 2003. The Annual Survey of Political Rights and Civil Liberties*, Lanham/Oxford 2003 (Rowman & Littlefield Publishers), 713 S.

Die regierungsunabhängige, überparteiliche, gemeinnützige New Yorker Organisation „Freedom House“ hat sich im Laufe der Jahrzehnte zu einer weltweit gehörten und geachteten Stimme für Demokratie und Freiheit entwickelt. Ihre Gründung reicht mehr als siebenzig Jahre zurück, als Eleanor Roosevelt, Wendell Willkie u. a. angesichts der schweren Rückschläge der nach dem Ersten Weltkrieg hoffnungsvoll begonnenen Demokratisierungswelle beschlossen, sich gegen die erneute Ausbreitung von Diktaturen in Europa und anderswo einzusetzen und freiheitlich-demokratische Kräfte weltweit zu unterstützen. Sie hat die neuen Demokratisierungswellen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs mit nicht nachlassendem Engagement begleitet. Ob es in den vierziger Jahren um den Marshall-Plan und die Gründung der NATO, in den fünfziger und sechziger Jahren um die Unterstützung der Bürgerrechtsbewegung in den USA, in den Siebziger um die Aufnahme vietnamesischer „boat people“, in den Achtzigern um Hilfe für die polnische Solidarność oder nach dem Fall des Eisernen Vorhangs um die Förderung der Transformationsprozesse in den ehemaligen Satelliten- und Nachfolgestaaten der Sowjetunion ging: Stets hat „Freedom House“ die Sache der Freiheit wirkungsvoll verfochten.

Vom Jahr 1955 an veröffentlichte „Freedom House“ Berichte zur weltweiten Entwicklung der Freiheitsrechte. Sie erschienen zunächst als „Balance Sheet of Freedom“, später als „Annual Survey of the Progress of Freedom“. Seit 1978 kommen Jahresberichte unter dem schlichten Titel „Freedom in the World“ heraus. Im Laufe der Jahrzehnte ist ein weltweites Netzwerk von Berichterstattern und Experten entstanden, die regelmäßig Regionen- und Länderanalysen liefern und die Situation der Freiheitsrechte mittels eines raffinierten analytischen Instrumentariums beschreiben und beurteilen. Internet-Nutzer können Zwischenberichte und weitere wertvolle Informationsmittel auf der Homepage der Organisation abrufen: <http://www.freedomhouse.org>.

Der Berichtstätigkeit liegt der individualistische Freiheitsbegriff der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zugrunde. Unter Federführung des Politikwissenschaftlers Raymond Gastil wurde von den frühen siebziger Jahren an ein

Kriterienkatalog entwickelt, der eine differenzierte Beurteilung der Geltung von Freiheitsrechten in den zu beurteilenden Gesellschaften ermöglicht. Dabei geht es in erster Linie darum, jene Freiräume zu vermessen, die verschiedene politische Systeme den in ihnen lebenden Menschen eröffnen. Eine umfangreiche „Checklist“ enthält konkrete Fragen zu zwei Dimensionen: „Political Rights“ und „Civil Liberties“. Bei den „Politischen Rechten“ geht es um den „Wahlprozess“ (u. a. Wahl von Regierung und Parlament auf freie und faire Weise; korrektes Wahlverfahren; Gleichheit der Bedingungen der Wahlkampf-führung), „Politischen Pluralismus und Partizipation“ (u. a. Freiheit der Parteigründung; Offenheit des Parteiensystems; Möglichkeit der Ausübung politischer Opposition; Beeinträchtigungen der politischen Wahlfreiheit durch Militär, auswärtige Mächte, extremistische Parteien, religiöse Hierarchien, ökonomische „Oligarchen“; Grad der Selbstbestimmung, Autonomie oder politischen Beteiligung kultureller, ethnischer, religiöser und anderer Minderheiten) und „Regierungshandeln“ (u. a. effektive Kontrolle der Regierung durch gewählte Repräsentanten; Ausmaß der Korruption; Offenheit, Transparenz und Verantwortlichkeit der Regierung). Die „Checklist“ zu den „Bürgerlichen Freiheiten“ fragt nach der „Meinungs- und Glaubensfreiheit“ (u. a. Existenz freier und unabhängiger Medien; Existenz freier religiöser Gemeinschaften; Freiheit der Religionsausübung; Wissenschaftsfreiheit; Freiheit des Bildungssystems von extensiver politischer Indoktrination; Freiheit offenen Meinungsaustauschs im privaten Bereich), den „Vereinigungs- und Organisationsrechten“ (u. a. Versammlungs-, Demonstrationsfreiheit, Freiheit der öffentlichen Meinungsäußerung; Freiheit politischer oder quasi-politischer Organisation; Existenz freier Gewerkschaften, Bauernverbände und Berufsvereinigungen), dem Rechtsstaat/„Rule of Law“ (u. a. Unabhängigkeit der Justiz; Rechtmäßigkeit der Regelung bürgerlich-rechtlicher und strafrechtlicher Fragen; zivile Kontrolle der Polizei; Schutz vor Polizeiterror, ungerechtfertigter Verhaftung, vor Exilierung, Folter bei systemkonformen wie systemkritischen Gruppen; Freiheit von Krieg und bewaffneten Erhebungen; Geltung der Rechtsgleichheit) sowie „Personelle Autonomie und Individuelle Rechte“ (u. a. Reisefreiheit, freie Wahl des Wohnortes, freie Berufswahl; Freiheit vor Indoktrination und exzessiver Staatsabhängigkeit; Freiheit des Erwerbs von Eigentum und der Unternehmensgründung; Freiheit der Berufsausübung und von exzessiver Beeinträchtigung durch Staat, Sicherheitskräfte oder organisierte Kriminalität; Gleichheit der Geschlechter, freie Wahl des Ehepartners, freie Bestimmung der Kinderzahl; Chancengleichheit und Abwesenheit ökonomischer Ausbeutung). Ein Expertenteam, dem so renommierte Politikwissenschaftler wie Larry Diamond, Herausgeber des „Journal of Democracy“, und Jeane Kirkpatrick vom „American Enterprise Institute“ angehören, hat den Fragekatalog in den letzten Jahren ergänzt und verfeinert.

Auf dieser Grundlage lässt sich eine Maßskala zur Bestimmung des Freiheitsgrades erstellen. Dazu werden den 10 Fragen der „Political Rights“-Liste und den 15 Fragen der „Civil Liberties“-Liste jeweils maximal 4 Punkte zugeordnet. Die Höchstzahl der erreichbaren „Freiheitspunkte“ beträgt somit 100. Die 192

Länder und 18 Territorien des vorliegenden Berichts für das Jahr 2002 werden auf dieser Grundlage drei Kategorien zugeordnet: Eine Punktzahl von 68 bis 100 führt zur Einstufung als „Free“, eine Punktzahl von 34 bis 67 ergibt „Partly Free“, eine von 0 bis 33 „Not Free“. In den Länderberichten wird diese Einteilung vereinfacht und in eine für beide „Checklists“ getrennte Skala von 1 bis 7 umgerechnet. Die Länder mit dem höchsten Freiheitsstandard erreichen dann die Ziffer 1, diejenigen mit dem niedrigsten die Ziffer 7.

Der Bericht für das Jahr 2002 ist – wie diejenigen der Vorjahre – eine Fundgrube für die politische Systemforschung. Für jedes Land werden statistische Basisdaten sowie Grundinformationen zur Entwicklung der politischen Institutionen und Prozesse sowie von Wirtschaft und Gesellschaft ausgebreitet. Die Berichtersteller gehen nacheinander die Fragen der „Checklists“ durch, beschreiben und beurteilen die dafür relevanten Ereignisse des Berichtsjahres. Neben den Länderberichten gibt es „Related Territories Reports“ u. a. über Osttimor (Indonesien), Hong-Kong, Macao, Tibet (Volksrepublik China), Tschechien (Russland), Abchasien (Georgien), Transnistrien (Moldawien), Kaschmir (Indien und Pakistan), Kurdistan (Irak), die Palästinensergebiete unter palästinensischer wie israelischer Verwaltung, die West-Sahara (Marokko), Nord-Zypern (Türkei), Nordirland (Vereinigtes Königreich) und Kosovo (Serbien und Montenegro). Sumantra Bose behandelt in einem gesonderten Beitrag die freiheitsgefährdenden Wirkungen ethnischer Konflikte am Beispiel Kaschmirs, Sri Lankas, der Kurdengebiete in der Türkei und des spanischen Baskenlandes. Den Aussichten und Gefährdungen demokratischer Verfassungsstaaten in Lateinamerika geht Michael Shifter nach.

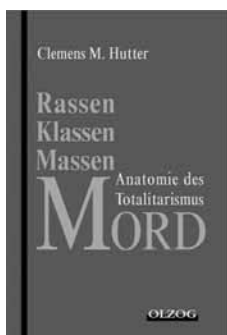
Da der Bericht in dieser Form seit 1973 geführt wird, lässt sich eine 30-Jahres-Bilanz ziehen. Der ehemalige „Freedom House“-Präsident Adrian Karatnycky hat diese Entwicklung in einem einleitenden Beitrag („Liberty's Expansion in a Turbulent World“) sachkundig nachgezeichnet. Lebten 1972 35 Prozent der Weltbevölkerung in „freien“ politischen Systemen, 17,6 Prozent in „teilweise freien“ und 47,3 Prozent in „unfreien“, waren es 2002 – in dieser Reihenfolge – 43,8, 20,8 und 35,3 Prozent. Der Anteil der Menschen, die unter gänzlich unfreiheitlichen Verhältnissen leben, hat seither – mit Höhen und Tiefen in der Zwischenzeit – insgesamt deutlich abgenommen, der Anteil derer in freiheitlichen Systemen ist nahezu kontinuierlich gestiegen. Dagegen muss für die Kategorie „partly free“ eine leichte Zunahme konstatiert werden – mit erheblichen Auf-und-ab-Bewegungen im Laufe der drei Jahrzehnte.

Die Transformationsprozesse der sogenannten „dritten Demokratisierungswelle“ (Samuel Huntington) mündeten somit keineswegs immer in freiheitliche Systeme. Der Anteil der als „autoritär“ zu bezeichnenden Staaten ist nicht zurückgegangen. Zudem hat sich die Forschung mehr und mehr der größer gewordenen Zahl solcher Systeme zugewandt, die in einer Grauzone zwischen freiheitlicher Demokratie und Autoritarismus „steckengeblieben“ sind. So haben neue Systembezeichnungen wie „illiberal democracy“ oder „hybride Regimes“ Einzug in die vergleichende Systemforschung gehalten. Der vorliegende Bericht

sucht dem durch die Einführung eines Typs „electoral democracy“ Rechnung zu tragen. Eine „Wahldemokratie“ erfüllt nicht alle Kriterien der „liberal democracy“, ist aber durch kompetitive Wahlen mit einem Mindestmaß an Fairness gekennzeichnet. Wie wenig aussagekräftig diese Kategorisierung ist, zeigt die Tatsache, dass im Bericht Staaten als „Wahldemokratien“ firmieren, deren Einordnung auf den Freiheitsskalen weit auseinander geht. So gilt Russland (PR-Wert 5, CL-Wert 5) ebenso als „electoral democracy“ wie Israel (PR-Wert 1, CL-Wert 3). Zurecht kritisieren Systemforscher wie Juan J. Linz die mit einer solchen Einteilung verbundene Aufweichung des Demokratiebegriffs.

„Freedom House“ wäre überhaupt gut beraten, die Klassifizierung von Systemtypen der komparativen Forschung zu überlassen, die sich schon wegen der unterschiedlichen Erkenntnisziele und -interessen niemals auf einen Nenner bringen lassen dürfte. Wer beispielsweise die Demokratiequalität am Bürgerengagement festmacht, wird sich mit der eher minimalistischen Definition von „liberal democracy“ nicht zufrieden geben. Und auch für die Typisierung von autoritären oder totalitären Systemen kann der Bericht nur den Rohstoff, nicht aber das analytische Instrumentarium liefern. So dürften die als „worst of the worst“ geltenden 48 Staaten (PR-Wert 7, CL-Wert 7) unterschiedlichen Diktaturtypen zuzuordnen sein. Hierzu zählen klassische Militärdiktaturen wie Burma ebenso wie die verrottete sozialistische Einparteidiktatur Kubas, das erzkommunistische Nordkorea oder das traditional-wahabistische Königtum Saudi-Arabiens. Die klassischen Systemmerkmale des „Totalitarismus“ (wie offizielle Ideologie, gelenkte Mobilisierung, hochgradige Entpluralisierung) dürften am ehesten in Nordkorea zu finden sein. Für die Diskussion derartiger Klassifizierungsprobleme bietet der Bericht, dem weiteste Verbreitung zu wünschen ist, eine Fülle an Fakten und Argumenten.

apl. Prof. Dr. Uwe Backes, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden, D-01062 Dresden.



Clemens M. Hutter, Rassen-, Klassen-, Massenmord. Anatomie des Totalitarismus, München 2003 (Olzog Verlag), 239 S.

Stimmen Zeitungsmeldungen vom Juli 2004, so arbeitet Papst Johannes Paul II. an einem Buch zu einem heiklen Thema: „Totalitäre Systeme des 20. Jahrhunderts: Nationalsozialismus und Kommunismus“. Wer Rechts- und Linksdiktaturen miteinander vergleicht, löst oft Kontroversen aus, und wer das Dritte Reich mit der kommunistischen Sowjetunion in eine Parallele setzt, begibt sich auf ein vermintes Terrain. Es heißt vielfach, ein Vergleich laufe auf eine Relativierung der Verbrechen und ihre Aufrechnung hinaus. Clemens M. Hutter, Jahrgang 1930 und Schriftsteller in Salz-

burg, weiß um die schwierige Problematik. Ihm geht es daher nicht um einen direkten Vergleich zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der kommunistischen Sowjetunion; er sucht vielmehr ein *tertium comparationis*, an dem die beiden totalitären Staaten gemessen werden, und findet es im demokratischen Rechtsstaat. Der Autor, den sein „antitotalitäres Anliegen“, so die Überschrift des ersten Kapitels, umtreibt, strebt Äquidistanz zu beiden Arten des Totalitarismus an. Diese These zieht sich wie ein roter Faden durch das Werk.

Eine andere, damit zusammenhängende Kernthese lautet: Hutter vermisst eine Gleichbehandlung der Täter des Totalitarismus ebenso wie eine solche seiner Opfer. Die Täter des Rassen-Totalitarismus seien zur Verantwortung gezogen worden, nicht jedoch die des Klassen-Totalitarismus. Die Opfer des Klassen-Totalitarismus hätten im Gegensatz zu denen des Rassen-Totalitarismus „weder Anwälte noch einen Anwalt auf der ‚Niemals vergessen‘-Liste“ (S. 13). Diese doppelte Ungleichgewichtigkeit ist in der Tat ein kritikwürdiger Befund.

Was die Frage der Singularität etwa des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen betrifft, so zieht der Autor sich damit aus der Affäre, dass er die Verbrechen des Ausrottens sehr missverständlich als „unvergleichbar“ ansieht: „Hitler betrieb das Ausrotten der Juden im Holocaust historisch beispiellos mit industrieller Präzision, Stalin rottete die ‚Kulaken‘ organisatorisch bei weitem nicht so rationell aus, dafür veranstaltete er historisch ebenfalls beispiellos zur Festlegung seiner Tyrannis Schauprozesse und Massenmorde durch Säuberungen“ (S. 17). Was unter „historisch beispiellos“ zu verstehen ist, bleibt im Dunkeln. Offenbar gehört Hutter wie Gerd Koenen zu den Autoren, die sich die Paradoxie einer „doppelten Singularität“ zu eigen machen.

Ausführlich erörtert der Verfasser im Kapitel „Totalitarismus und Ideologie“ vergleichend die ideologischen Strukturen der beiden totalitären Systeme. Der Totalitarismus sei ein Phänomen des 20. Jahrhunderts, wenngleich seine Ideenwelt im 19. Jahrhundert wurzele. Totalitäre Heilslehren hingegen beschränkten sich nicht auf eine bestimmte Zeit. Dem linken Totalitarismus misst Hutter eine „ungleich stärkere Suggestivkraft“ (S. 26) zu als dem rechten.

Die nächsten beiden Kapitel über „Klassen-Totalitarismus“ und „Rassen-Totalitarismus“ sind historisch ausgerichtet: in dem einen Fall vom Weg Russlands über die Oktoberrevolution bis zur Komintern, in dem anderen Fall vom Ersten Weltkrieg über die „Machtergreifung“ bis zum „Führerstaat“. Die nächsten vier Kapitel vergleichen verschiedene Aspekte des Terrors: Wirkungsweise, Organe, Methoden, Opfer. Die Zahlen des Autors dürften in beiden Fällen übertrieben sein. Das ändert aber nichts an der Terrormaschinerie hier wie dort. Die Kritik an vergleichenden Zahlenspielerien leuchtet ein.

Der Band klingt aus mit Ausführungen zum Hitler-Stalin-Pakt, zur Nachkriegsordnung und einer Bilanz zum Totalitarismus. Der Autor zählt in seinem schematischen Vergleich Elemente auf, die gleich (u. a. die durchorganisierte Herrschaftsform; die Legitimation auf ungeteilte Macht; der Erste Weltkrieg als Auslöser; der Terror eines Repressionsapparates) und solche, die ungleich waren (u. a. die Ideologien, die sich in dem einen Fall auf das „Gesetz der Ge-

schichte“, in dem anderen auf das „Gesetz der Natur“ beziehen; die operative Realisierung; die Vernichtungsmethoden).

Gegen Hutters Argumentation lassen sich einige Einwände vorbringen, freilich keine fundamentalen. Leider ist der Aufbau teilweise unsystematisch. Das erklärt manche Wiederholungen. Seinen eingangs verkündeten Anspruch, den direkten Vergleich zu vermeiden, hält er nicht ganz durch. Das unterschiedliche Ende der beiden Großtotalitarismen – im einen Fall eine blutrünstige „Götterdämmerung“, im anderen eine Implosion, die mehr oder weniger friedlich in einen andern Systemzustand übergang – kommt nur beiläufig vor. Die Frage, ob sich daraus unter Umständen bestimmte Konsequenzen für die Bewertung der Systeme ergeben, bleibt unbeantwortet. Hingegen erklärt Hutter damit u. a. die unterschiedliche Behandlung des Kommunismus. Manchmal fehlt es der Analyse an Tiefenschärfe. „Den stalinistischen Säuberungen hatte Hitler ausnahmsweise nichts Gleichwertiges gegenüber zu stellen“ (S. 187). Warum dies so war, klärt der Autor nicht. Für den Rezensenten ist zu viel von Terror die Rede, zu wenig von jenen Mechanismen, die solche Diktaturen lebensfähig erhalten haben – und das waren eben nicht nur solche repressiver Natur.

Der Verfasser, der ohne wissenschaftlichen Apparat auskommt und seine Zitate nicht nachweist, lässt ein hohes Maß an Common Sense erkennen. Immer wieder plädiert er für Antitotalitarismus, spricht sich damit gegen einseitigen Antifaschismus und Antikommunismus aus. Hutter hat seinen Anspruch voll eingelöst. Das Buch, das sich zumal für den Einsatz in der politischen Bildung gut eignet, bietet viel Richtiges und wenig Neues. Das ist besser als umgekehrt. Es kommen nicht nur Parallelen, sondern auch zahlreiche Unterschiede zwischen den beiden totalitären Systemen zum Vorschein. Freilich sind dies für den Autor keine Differenzen in moralischer Hinsicht. Dass selbst er permanent „Nazis“ schreibt, für die Kommunisten jedoch keine abwertende Kurzbezeichnung benutzt, bestätigt im Grunde den Vorwurf von der mangelnden Äquidistanz. Manche reden vom *Post-Kommunismus* und vom *Neo-Nationalsozialismus* in einem Atemzug.

Prof. Dr. Eckhard Jesse, Technische Universität Chemnitz, Politikwissenschaft, D-09107 Chemnitz.



Norman M. Naimark, Flammender Hass. *Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert*, München 2004 (Beck Verlag), 301 S.

In den letzten Jahren wird in Deutschland immer wieder vermutet, in der Interpretation zeitnaher Nationalgeschichte könnte bezogen auf den Nationalsozialismus ein Paradigmenwechsel bevorstehen. Das dafür herangezogene Symptom ist schnell ausgemacht, es ist die angeblich neue Rolle der Deutschen als Opfer – als Opfer von Vertreibungen, des Bombenkriegs und der Vergewaltigungen deutscher Frauen durch vorrückende sowjetische Truppen 1944/45. Übersehen wird sehr oft und gerne, dass

hier beileibe keine geschichtspolitische Wende ins Haus steht, sondern dass es um die Tilgung weißer Flecke und darum geht, an die in der alten Bundesrepublik schon einmal weit vorangeschrittene Forschung zu diesen Themen anzuknüpfen. Aber auch ein neuer Aspekt kommt dazu: die Gesamtsicht auf das zwanzigste Jahrhundert in seinen internationalen Verknüpfungen. Und mit einigem Recht kann dieses Jahrhundert auch als das der Vertreibungen beschrieben werden.

Von dieser grundlegenden Einsicht geht auch Norman Naimark in seiner brillanten Studie zu „ethnischen Säuberungen“ und Völkermord im vergangenen Jahrhundert aus. Er umreißt das Spektrum der Vertreibungen in Europa und in den asiatischen Teilen des Osmanischen Reiches sowie der Sowjetunion von der Vertreibung der Armenier durch die Türken im Ersten Weltkrieg über die Vertreibung der Griechen aus Anatolien als Folge des griechisch-türkischen Krieges von 1921/22 bis zur Verfolgung der Juden durch die Nationalsozialisten. Dazu kommen die Deportation der Tschetschenen-Inguschen aus dem nördlichen Kaukasus, die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei und Polen als Folge des Zweiten Weltkrieges und die Vertreibungen, die mit den Kriegen im früheren Jugoslawien zusammenhängen. Damit ist auch das Spektrum umrissen, das bei einem evtl. in der Bundesrepublik in Zukunft entstehenden „Zentrum gegen Vertreibungen“ zu berücksichtigen wäre.

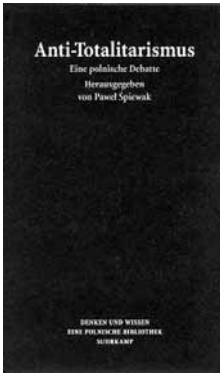
Die mit Vertreibungen und Völkermord verbundenen Greuel, die sich sehr oft zuerst gegen Frauen richten, schildert Naimark in eindringlicher Weise. Dabei kann nicht das Leid der einen Opfergruppe gegen das einer anderen aufgerechnet werden – und auch das ist ein Argument für ein gemeinsames Gedenken. Wenig bekannt ist, wie der Autor überzeugend zeigt, dass die Rache der Tschechen an den Deutschen von noch größerer Brutalität als die der Polen geprägt war und die Serben gegenüber ihren Gegnern Massengewaltungen als Mittel der Kriegführung einsetzten. Trotzdem bleibt der Holocaust der paradigmatische Völkermord des 20. Jahrhunderts, der mit einer extremen Rassenideologie verbunden war, sich aber auch aus der Absicht der „ethnischen Säuberung“ heraus entwickelte. Und so scheint es symptomatisch, dass Vertreibungen auch ohne zentralen Befehl immer die schreckliche Möglichkeit des Massen-

mordes bergen. Aber es bleibt doch der Unterschied, dass die Jungtürken und sowjetischen Kommunisten den Völkermord in Kauf nahmen, die Nationalsozialisten ihn dagegen wollten.

Wie Naimark konsequent herausarbeitet, hoben sich die „ethnischen Säuberungen“ des 20. Jahrhunderts deutlich von denen älterer Epochen ab. Sie gehörten in den internationalen Wortschatz der Verbrechen. Neu im vergangenen Jahrhundert war, dass sich der moderne völkische Nationalismus mit neuester Wissenschaft und Technologie sowie mit einem Staat verband, der Vertreibungen nach ethnischen Kriterien organisierte. Und so bitter wie es ist: „Ethnische Säuberung“ ist ein Produkt der Moderne, die ihre absolute Perversion im „industriellen Töten“ des Nationalsozialismus fand. Auch im 21. Jahrhundert ist ein Anlass für permanente Sorge, dass eine moderne Berufsethik vom Massenmord nicht abhält. Allerdings sind „ethnische Säuberungen“ und Völkermord als vorsätzliche Tötungen zwei verschiedene Handlungen. So zielt die „Säuberung“ auf die Entfernung eines Volkes aus einem Territorium, der Völkermord auf seine Ermordung. Allerdings ist der Übergang zwischen beiden Verbrechen fließend, da Deportationen oft zum Völkermord entarten, und beide sind mit der Absicht verbunden, die Spuren der Betroffenen – Bücher, Manuskripte und historische Monumente – zu tilgen.

Das negative Fazit Naimarks, die Stabilität des europäischen Kontinents sei heute eine Quelle großer Sorge für die Weltgemeinschaft und in Osteuropa hätten sich im großen und ganzen die Hoffnungen von 1989 nicht verwirklicht, erscheint jedoch überzogen. Die Entwicklung seit dieser Epochenwende ist auch nicht überwiegend eine Reihe von Fehlschlägen, die Anlass für ernste Sorgen im 21. Jahrhundert gäben, sondern die europäische Entwicklung vom Zyklus der friedlichen Revolutionen bis zum voranschreitenden Vereinigungsprozess Europas berechtigt zur Hoffnung auch für andere Teile unserer Welt. Damit diese Hoffnung nicht eine Illusion bleibt, muss die internationale Staatengemeinschaft jedoch zum Handeln bereit sein.

Dr. habil. Rainer Eckert, Zeitgeschichtliches Forum Leipzig, Postfach 415, 04004 Leipzig.



Paweł Śpiewak (Hg.), *Anti-Totalitarismus. Eine polnische Debatte*, Frankfurt a. M. 2003 (Suhrkamp Verlag), 606 S.

Bei der Bewertung des polnischen Regimewechsels Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre herrscht unter polnischen Wissenschaftlern und Politikern Einhelligkeit. Dazu kam es aufgrund der Einigung zwischen der kommunistischen Elite und der Opposition am Runden Tisch.⁷ In Bezug auf das Verhältnis und die Bewertung der Volksrepublik Polen überwiegen die Unterschiede. Drei Haltungen mit Blick auf die kommunistische Vergangenheit lassen sich unterscheiden: 1. radikale Ablehnung, 2. kritisch-analytisches Herangehen, 3. gemäßigte Zustimmung.⁸ Im Sammelband von Paweł Śpiewak kommen die zwei ersten Strömungen zum Ausdruck.

In den ersten Jahren nach dem Regimewechsel artikulierten sich in Polen Stimmen, die eine umfassende Abrechnung mit der kommunistischen Vergangenheit forderten, eher leise.⁹ In einem Gespräch mit dem Historiker und Chefredakteur von „Przegląd Polityczny“ („Politische Rundschau“), Wojciech P. Duda, kritisierte der Soziologe Paweł Śpiewak die polnische Demokratie für ihre Unfähigkeit, die kommunistische Vergangenheit zu beurteilen:

„Es gibt bei uns keine vielfältige Reflexion über den Totalitarismus, die die Überlegungen von Tischner, Kofakowski, Walicki fortsetzen würde. Wir haben uns von der Vergangenheit abgewandt.“¹⁰

Der von Paweł Śpiewak herausgegebene Sammelband mit Aufsätzen ausgewählter polnischer Philosophen, Historiker, Theologen, Politologen, Soziologen, Rechtswissenschaftler, Literaten, Publizisten, Schriftsteller, Literaturwissenschaftler und Journalisten ist „ein Zeugnis für den Widerstand und die

-
- 7 Polnische Historiker nennen vor allem folgende vier Faktoren, die für den Regierungswechsel von Bedeutung waren: 1. die Folgen der fehlenden Kommunikation zwischen Regierung und Gesellschaft, 2. die immer größere Rolle der Kirche, 3. der gesellschaftliche Widerstand mit zahlreichen Bürgeraktivitäten und 4. ernsthafte wirtschaftliche Misserfolge. Vgl. Paweł Kowal, *Dlaczego doszło do Okrągłego Stołu? (Warum kam es zum Runden Tisch?)*. In: Tomasz Szarota (Hg.), *Komunizm. Ideologia, system, ludzie (Der Kommunismus. Ideologie, System, Menschen)*, Warschau 2001, S. 156–173, hier S. 162.
- 8 Antoni Dudek, *Die polnische Geschichtsschreibung und die Erinnerung an die Volksrepublik Polen*. In: Agnès Bensussan/Dorota Dakowska/Nicolas Beaupré (Hg.), *Die Überlieferung der Diktaturen. Beiträge zum Umgang mit Archiven der Geheimpolizei in Polen und Deutschland nach 1989*, Essen 2004, S. 213–227, hier S. 219.
- 9 Vgl. Paweł Machciewicz, *Das Institut für Nationales Gedenken. Das polnische Modell der Abrechnung mit der totalitären Vergangenheit*. In: Bensussan u. a., *Die Überlieferung der Diktaturen*, S. 37–54, hier S. 38.
- 10 Świat ten wart jest troski. Rozmawiają Wojciech P. Duda i Paweł Śpiewak (Diese Welt ist die Sorge wert. Wojciech P. Duda und Paweł Śpiewak diskutieren). In: *Przegląd Polityczny* („Politische Rundschau“), 2002/55, S. 34–43, hier S. 35.

Opposition gegen den Totalitarismus in all seinen Erscheinungsformen“ (S. 13). Die Beiträge der 29 Autoren stammen aus der Zeit vor und nach dem polnischen Regimewechsel, vor allem aus dem letzten Jahrzehnt der kommunistischen Herrschaft und aus dem ersten Jahrzehnt danach. Der Herausgeber hat keine Arbeiten berücksichtigt, die den Kommunismus oder die Volksrepublik Polen verteidigen. Daher verwundert seine Erwartung, dass „durch die hier veröffentlichten Texte klar wird, wie man in Polen den Totalitarismus und den Kommunismus versteht, wie die Zeit der kommunistischen Herrschaft bewertet wird“ (S. 13).

Im einführenden Aufsatz geht Paweł Śpiewak zuerst auf den Begriff des Totalitarismus in Polen ein. Trotz zahlreicher politologischer und soziologischer Studien, die sich mit dem Totalitarismuskonzept beschäftigen, habe dieses in der polnischen Erfahrung keine hervorgehobene Rolle gespielt. Die meisten Arbeiten aus kommunistischer Zeit waren der Faschismusforschung gewidmet, doch allmählich habe man sich auch mit dem kommunistischen System öffentlich auseinandergesetzt. Paweł Śpiewak stellt fest, das Wort „Totalitarismus“ habe in den polnischen Debatten vor 1989 vor allem einen ideologisch-emotionalen Charakter gehabt und als „das radikal Böse“ gegolten (S. 24). Im weiteren Teil konzentriert sich der Autor auf die Wende von 1956 und deren Bewertung durch polnische Intellektuelle. Er führt zwei unterschiedliche Ansichten auf. Der ersten zufolge hatten die politischen Ereignisse von 1956 nur die gesellschaftlich schmerzlichen Aspekte des Systems abgemildert, während der totalitäre Charakter des Staates erhalten blieb. Nach der zweiten These hatte 1956 eine langsame, zum Regimewechsel hinführende Demokratisierung des Systems begonnen (S. 31). Die Mehrheit der Autoren im Sammelband äußert sich zu der Zäsur von 1956 und beurteilt sie auf unterschiedliche Weise. Krystyna Kersten kommt zum Schluss, das in den Jahren 1945–1955 errichtete totalitäre System in Polen sei seit 1956 „einem fortschreitenden Zerfall“ unterlegen gewesen (S. 383). Andrzej Walicki bewertet die Entwicklungsphasen nach den Zäsuren von 1956, 1970 und 1980 und stellt Folgendes fest: „Die PRL entstand zwar, um einen totalitären Kommunismus aufzubauen, aber sie hat diese Aufgabe nicht richtig erfüllt“ (S. 466).

Die meisten Beiträge haben einen philosophischen Charakter und gehen auf die Beherrschung des menschlichen Wesens durch die totalitäre Herrschaft ein. Józef Tischner charakterisiert den Totalitarismus als ein Machtsystem, das darüber entscheidet, „was man über die Macht zu denken hat“ (S. 131). Aleksander Wat zeichnet ein biographisches Porträt Josef Stalins, der durch den „perfekten Terror“ zum „Erzieher der Menschheit“ geworden sei (S. 75). Einige Autoren vergleichen die kommunistische Diktatur und das NS-Regime. Nach Stefan Bratkowski soll bei diesem Vergleich auch die Überwindung der beiden Diktaturen berücksichtigt werden: „Die Überwindung des Nationalsozialismus erforderte den Sieg im Zweiten Weltkrieg und Millionen Opfer – an der Demontage des Kommunismus nahmen die Kommunisten selbst teil“ (S. 498).

Wichtig für das Verständnis vieler Zusammenhänge sind Abhandlungen der Historiker, weil sie in den heutigen Diskurs und die Rezeption der kommunistischen Vergangenheit in Polen die Realität jener 45 Jahre einbeziehen. Der Zweite Weltkrieg, die danach folgende Vertreibung der Deutschen und Polen, Reaktionen der polnischen Bevölkerung auf die Einführung des totalitären Systems und dessen weitere Entwicklung – ohne Kenntnis dieser Ereignisse kann man die Zeit der kommunistischen Diktatur in Polen nicht richtig bewerten, wie Jerzy Holzer, Andrzej Paczkowski oder Wojciech Roszkowski nachweisen.

Auch Schriftsteller und Literaturwissenschaftler kommen im Sammelband von Paweł Śpiewak zu Wort und versuchen, die „wahre Semantik der stalinistischen Sprache“ (S. 268) zu entziffern. Sie beschreiben, wie der Kommunismus das Denken und die Phantasie der Schriftsteller kontinuierlich unterdrückte. Nach Mieczysław Jastrun führte die kommunistische Epoche zum „endgültigen Niedergang des Wortes“; an dessen Stelle sei das Schweigen getreten (S. 318). Paweł Hertz vergleicht die Tragödie der polnischen Literatur mit dem Drama der gesamten Nation, das sich im kommunistischen Polen abgespielt habe (S. 330).

Als Befürworter der kritischen öffentlichen Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Regime geht Paweł Śpiewak sowohl in seiner Einleitung als auch durch die Auswahl der herausgegebenen Texte auf den Streit um die „Durchleuchtung“ (Einsicht in die Akten) und Entkommunisierung ausführlich ein. Nach dem ersten offenen Versuch einer „Durchleuchtung“ durch den Beschluss des Sejms vom 28. Mai 1992 begann in Polen eine intensive Diskussion. Obwohl Paweł Śpiewak sowohl die Argumente der Gegner als auch der Befürworter nennt, wird deutlich, dass er die ersten stark verurteilt. Adam Michnik, einer der führenden Oppositionspolitiker im kommunistischen Polen und heute ein überzeugter Gegner der Akteneinsicht, hat die Veröffentlichung seiner Texte im Sammelband mit der Begründung verweigert, der Herausgeber Paweł Śpiewak sei einseitig.¹¹ Die Gründung des Instituts für Nationales Gedächtnis (IPN) in Polen im Jahre 1998, zu deren Aufgaben vor allem Sammlung und Zugänglichmachung von Dokumenten des Sicherheitsapparates sowie Durchführung von Ermittlungen gehören, habe den Streit um die Akteneinsicht beinahe beendet (S. 50). Das bedeutet jedoch nicht, die einzelnen Parteien hätten sich geeinigt; dies wird im Sammelband von Paweł Śpiewak zu wenig deutlich.

Eine Schwäche dieses verdienstvollen Sammelbandes ist seine durch die Auswahl der Autoren bedingte Einseitigkeit. Für einen Nichtkenner der innerhalb Polens verlaufenden Debatten könnte auf Grund der Lektüre der Texte leicht der Eindruck entstehen, dass nur die Intellektuellen, die eine bedingungslose Abrechnung mit dem Kommunismus verlangen und sich für grenzenlose „Durchleuchtung“ aussprechen, gute Argumente haben und alle anderen Positionen von ehemaligen Kommunisten vertreten werden. Diese Einstellung

11 Vgl. die Vorbemerkung von Dieter Bingen und Peter Oliver Loew im besprochenen Sammelband, S. 469.

schlägt sich in fast allen Texten nieder. Bronislaw Wildstein bringt sie folgendermaßen zum Ausdruck: „Der Antikommunismus hat in Polen genau deshalb einen Sinn, weil man in unserem Land mit dem Kommunismus nicht abgerechnet hat und die jüngste Geschichte zutiefst mystifiziert worden ist“ (S. 542).

Doch insgesamt überwiegen die Stärken des Buches, die sowohl in der ausführlichen Einleitung von Paweł Śpiewak als auch in den einzelnen Texten deutlich werden. Durch die interdisziplinäre Darstellung der antitotalitären Debatten in Polen wird dem Leser viel mehr geboten, als Paweł Śpiewak anfangs verspricht, nämlich philosophische Abhandlungen. Der Sammelband dokumentiert eine hochreflektierte Debatte innerhalb verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen über das polnische antitotalitäre Denken und die Geschichte Polens. Als hilfreich bei der Lektüre erweisen sich das kommentierte Personenverzeichnis (S. 590–604) sowie die wichtigsten Informationen über die Autoren und ihre Texte (S. 579–589).

Dr. Katarzyna Stokłosa, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden, D-01062 Dresden.



Tzvetan Todorov, *Die verhinderte Weltmacht. Reflexionen eines Europäers*, München 2003 (Goldmann Verlag), 128 S.

Der international bekannte Autor – 1939 in Sofia geboren und 1963 nach Paris emigrierter Soziologe und Philosoph – analysiert die Gründe und Hintergründe des Irakkrieges. Obwohl in unaufgeregtem Ton geschrieben, gelangt Todorov insgesamt gesehen zu einem für die USA vernichtenden Urteil. Dabei vermeidet er kurzschlüssige Interpretationen der vermeintlich „wahren“ Motive der durch das Verbrechen des 11. September 2001 herausgeforderten Supermacht. Indem er die offiziellen Verlautbarungen über die Ziele der Irak-Intervention (u. a. Regimewechsel, Befreiung des irakischen Volkes, Etablierung einer Demokratie nach amerikanischem Vorbild) ernst nimmt (S. 23, 27 f.), gelingt es ihm, die Verwandtschaft des in der Bush-Administration vorherrschenden Denkens mit einem messianischen und millenaristischen Denken, wie es aus der christlichen Tradition, den Kolonialkriegen oder der kommunistischen Bewegung bekannt ist, deutlich werden zu lassen. Kennzeichnend für die herrschende Denkweise sei zum einen der Glaube an die radikale Verbesserbarkeit von Mensch und Gesellschaft (S. 30 f.) und zum anderen die Idee, die Welt müsse „von Grund auf umgestaltet werden“, ihre Probleme müssten „ein für alle Mal, notfalls mit Waffengewalt, gelöst werden“ (S. 31). Dieses interventionistische Denken, das sich weigere, „die Mängel dieser Welt passiv hinzunehmen“ (S. 32), sei weder konservativ noch liberal, sondern am treffendsten als „Neofundamentalismus“ zu kennzeichnen. Es äh-

nele den Denkstrukturen linker Aktivisten, weshalb es kein Zufall sei, dass man unter den Vordenkern und Befürwortern dieser Außenpolitik zahlreiche ehemalige Troztkisten oder Maoisten finde (S. 31).

Todorov macht den Unterschied zwischen Demokratien und totalitären Staaten letztlich an der Art der Mittel fest, mit denen das jeweils angestrebte Gute erreicht werden soll. Ein edles Ziel, so der Autor, rechtfertige „keine gemeinen Mittel“ (S. 36). Es widerspreche demokratischen Vorstellungen, Demokratie, Freiheit und Wohlstand mit Gewalt durchzusetzen oder zu ermöglichen, weshalb auch ein „Recht auf Einmischung‘ mit dem Geist der Demokratie unvereinbar“ (S. 38) sei. Dieser Grundsatz wird zwar für den „Extremfall des Genozids“ relativiert, man fragt sich aber, ob die für diese Grenzziehung („Genozid“) gegebene Begründung („Wenn eine bedeutende Gruppe der Menschheit ausgelöscht wird, dann betrifft uns das alle, auch wenn wir ihr nicht angehören“ [S. 39]) wirklich überzeugen kann. Der Begründungsgedanke selbst, nämlich dass Quantität hier in Qualität umschlage (S. 39), ist allerdings unabweisbar.

Zutreffend charakterisiert Todorov die unter dem Titel *Nationale Sicherheitsstrategie* vom 20. September 2002 festgeschriebene Präventivkriegsdoktrin als „eine wahre Neuerung im modernen internationalen Zusammenleben“ (S. 43). Darin nähmen sich die Vereinigten Staaten das Recht zu militärischen Schlägen heraus, „auch wenn Zeitpunkt und Ort des zukünftigen feindlichen Angriffs ungewiss sind“ (S. 43). In der Tat läuft diese Doktrin darauf hinaus, die „Entscheidung für einen Krieg auf Grund eines nur denkbaren Angriffs“ (S. 43) zu fällen – ein Handlungsgrundsatz, so ließe sich hinzufügen, der allen bisherigen Vorstellungen von einer legitimen Selbstverteidigung widerspricht. Um so überrassender mutet die Todorovsche Auffassung an, es sei verfehlt, eine Politik, „die sich einzig und allein auf ihre Machtüberlegenheit stützt“ (S. 44), unter moralischem Gesichtspunkt zu bewerten: „[M]oralische Urteile sind hier fehl am Platz. Man darf Politik nicht mit Moral verwechseln, vielmehr muss sie im Lichte ihrer eigenen Kriterien beurteilt werden“ (S. 44).

Der Rezensent möchte dieses Diktum in Frage stellen, zumal der Autor selbst seinen Gedanken wiederholt dementiert. Es ist zwar sinnvoll und unumgänglich, politisches Handeln auch unter dem Tauglichkeitsgesichtspunkt zu beurteilen – und bereits an diesem Kriterium scheitert die Legitimität des Irakkrieges (was der Autor ausgiebig zeigt). Wie lassen sich aber die folgenden, von Todorov aufgeworfenen Fragen überhaupt stellen, wenn nicht unter moralischem Gesichtspunkt? Der Autor fragt: „Rechtfertigt die Erhaltung einer Institution, und sei es die der NATO, das Opfer von Menschenleben?“ (S. 48) Oder: „Welcher gnadenlose Gott beschließt, dass ein Regierungswechsel tausend, zehntausend oder hunderttausend Menschenopfer und das Leid von zehnmal so vielen Angehörigen rechtfertigt? Wie kann man sich in einem solchen Maße aus der menschlichen Gemeinschaft ausschließen (oder im Gegenteil die ‚feindliche‘ Bevölkerung davon ausschließen), um wie in Hiroshima zu entscheiden, dass eine viertel Million Menschen ein vernünftiger Preis für einen schnellen Sieg sind?“ (S. 51 f.) Verlangen Fragen dieser Art nicht nach moralischen Urteilen? Ja, im-

plizieren sie durch ihren rhetorischen Gestus nicht selbst schon moralische Urteile? Machtpolitisch betrachtet sind diese Fragen jedenfalls uninteressant, denn es lassen sich ohne Weiteres Bedingungen denken, unter denen ein entsprechendes Handeln zweckrational ist (und im Falle Hiroshimas tatsächlich zweckrational war). Ganz offensichtlich ist der Autor durchaus bereit, ein machtgestütztes Handeln nicht nur unter dem Gesichtspunkt der bestmöglichen Verwirklichung des nationalen Eigeninteresses zu betrachten.

Ausführlich zeigt Todorov (neben den positiven) die negativen Folgen des Irakkrieges – und zwar nicht nur die dem irakischen Land und seiner Bevölkerung zugefügten Schäden, sondern auch die negativen Auswirkungen für die Vereinigten Staaten selbst. Der Autor verweist auf Verstöße gegen die liberalen und demokratischen Grundsätze (folterähnliche Verhörmethoden, Diskriminierungen bestimmter Bevölkerungsgruppen, Einschränkung des Informationspluralismus, Intoleranz gegenüber abweichenden Meinungen, demagogische Meinungsmanipulationen, Zurückhaltung und bewusste Unterdrückung von Informationen, Verfall demokratischer Sitten) und fragt schließlich: „Rechtfertigt die Stärkung der Demokratie im Irak ihre Schwächung in den Vereinigten Staaten?“ (S. 59).

Als Konsequenz aus der neuen amerikanischen Strategie empfiehlt Todorov, ein konföderatives Europa möge der Militärmacht der USA eine „stille Macht“ entgegensetzen. Wer auf Kritik an der amerikanischen Politik nicht verzichten wolle, könne nicht gleichzeitig militärischen Schutz beanspruchen. Die Vorteile beider Positionen in Anspruch nehmen zu wollen, sei unlogisch. Wenn daher Europa zur bedingungslosen Unterwerfung nicht bereit ist und als Ganzes auch nicht (ohne leichte Beute zu sein) den Weg der Neutralität beschreiten kann, bleibt, so der Autor, nur eine Option: „die Verwandlung der Europäischen Union in eine Militärmacht“ (S. 88). Indem Europa für seine eigene Sicherheit sorgt und damit eine größere kollektive Souveränität gewinnt, würde es zu einem aktiven Mitspieler in einer das weltweite Gleichgewicht garantierenden pluralistischen Ordnung. Dies bedeutete nicht unbedingt, dass Europa dem Beispiel der USA nacheifern oder gar mit ihnen rivalisieren müsste. Einzig und allein diese Lösung aber, so die Überzeugung Todorovs, könne die Vereinigten Staaten „von der imperialen Versuchung abbringen, der sie heute unterliegen“ (S. 89).

Das Buch schließt mit einem Exkurs über europäische Werte sowie dem Nachdenken über ein zu schaffendes Institutionengefüge der Europäischen Union.

PD Dr. Lothar Fritze, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden, D-01062 Dresden.